

1968	Ausgegeben zu Bonn am 14. November 1968	Nr. 45
------	---	--------

Tag	Inhalt	Seite
6. 11. 68	Gebührenordnung zum Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG-GebO) .....	923
11. 10. 68	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr von Wasserfahrzeugen und Luftfahrzeugen zum eigenen Gebrauch .....	926
22. 10. 68	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Genfer Abkommen vom 19. März 1931 zur Vereinheitlichung des Scheckrechts .....	926
23. 10. 68	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1968 .....	927
23. 10. 68	Bekanntmachung über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt .....	928
23. 10. 68	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Immunitäten der Staatsschiffe .....	929
23. 10. 68	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen .....	929
23. 10. 68	Bekanntmachung zu dem Internationalen Übereinkommen für die Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris .....	930

## Gebührenordnung zum Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG-GebO)

Vom 6. November 1968

Auf Grund des § 47 des Bundeswasserstraßengesetzes vom 2. April 1968 (Bundesgesetzbl. II S. 173) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen verordnet:

### § 1

(1) Für die Bemessung der Gebühr ist das Gebührenverzeichnis maßgebend.

(2) Als Auslagen sind zu erstatten:

1. Kosten für Gutachten und besondere Untersuchungsmaßnahmen,
2. Fernsprechgebühren im Fernverkehr, Telegrafengebühren und Fernschreibgebühren,
3. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen,
4. Aufwendungen für weitere Ausfertigungen, Abschriften und Auszüge, die auf besonderen Antrag erteilt werden; für die Berechnung der als Auslagen zu erhebenden Schreibgebühren gelten die Vorschriften des § 136 Abs. 3 bis 6 der Kostenordnung,
5. Kosten für öffentliche Bekanntmachungen, mit Ausnahme hierbei entstandener Postgebühren,
6. die bei Geschäften außerhalb der Dienststelle den Verwaltungsangehörigen auf Grund gesetzlicher Vorschriften gewährten Vergütungen (Reisekostenvergütung, Auslagenersatz) und die Kosten für die Bereitstellung von Räumen,

7. die Beträge, die anderen in- oder ausländischen Behörden, öffentlichen Einrichtungen oder Beamten zustehen, und zwar auch dann, wenn aus Gründen der Gegenseitigkeit, der Vereinfachung und dgl. an die Behörden, Einrichtungen oder Beamten keine Zahlungen zu leisten sind,

8. die Kosten für die Beförderung von Sachen, mit Ausnahme der hierbei erwachsenen Postgebühren, und die Verwahrung von Sachen.

### § 2

Die kostenpflichtige Amtshandlung kann von der Zahlung eines Vorschusses oder einer Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden.

### § 3

(1) Von der Zahlung der Gebühr sind befreit

1. die Bundesrepublik Deutschland und die bundesunmittelbaren Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts,
2. die Länder, soweit der Bund in ihrem Bereich von der Zahlung der entsprechenden Gebühr befreit ist.

(2) Andere Vorschriften, die Gebührenbefreiung gewähren, bleiben unberührt.